

# Die Friedenshetzler

Gegen Krieg zu sein, war in Deutschland lange Zeit lebensgefährlich. Vom organisierten Pazifismus in einem ehemals soldatischen Land / Von Wolfram Wette

Die Geschichte der organisierten Pazifisten in Deutschland lässt sich nur mit einem Rückblick auf den preußischen Militarismus erzählen. Weshalb war es in diesem Land eigentlich so schwer, Menschen für die Idee des Friedens zu gewinnen? Wie soll man begreifen, dass stattdessen das Militär und selbst der kriegerische Konfliktaustrag über Jahrzehnte großen Zuspruch bekamen?

Die Deutsche Friedensgesellschaft war stets ein kleiner Verein. Die Mitgliederzahl schwankte zwischen 10 000 (1914), 4000 (1966) und knapp 12 000 (1974). Weshalb strömten die Deutschen ihr nicht massenhaft zu? Als die DFG 1892 gegründet wurde, hatte sich längst herumgesprochen, wie ein Zukunftskrieg aussehen würde: Angesichts moderner Waffentechnik verhiess er Millionen von Toten, verwüstete Landschaften – und kaum Chancen auf einen militärischen Sieg. Wie soll man verstehen, dass die Pazifisten in Deutschland, die vor diesem Krieg warnten, eher verspottet als ernst genommen wurden?

Im Kaiserreich avancierte der kriegerische Mann zum Leitbild, an dem sich Adlige und Bürgerliche orientierten. Verdrängten sie, dass Krieg unausweichlich mit Gefahr für Leib und Leben verbunden war? Fakt ist, dass die große Mehrheit der Deutschen zur Jahrhundertwende, organisiert in millionenstarken Wehrverbänden, die heroisierende Erinnerung an Kriege pflegte, während Pazifisten eine marginale Gruppe blieben. Und woher kam die Wucht des gehässigen Antipazifismus, die doch in keinem Verhältnis zu der kleinen DFG stand?

Im Erinnerungsjahr 2014 – 100 Jahre Erster Weltkrieg – war zu hören, Deutschland sei damals ein Land wie jeder andere Nationalstaat gewesen. Die Staaten seien alle letztlich wider Willen in diesen Krieg hineingestolpert. Deutschland trage keine besondere Kriegsschuld. Gewiss – militaristische Erscheinungen gab es europaweit. Aber Deutschland war gleichwohl ein besonderer Ort mit spezifischen politischen und militärischen Traditionen. Hier hatte der Militarismus eine dominante Rolle.

In der Revolution von 1848/49 hatte das Motto der preußischen Reaktion gelaute: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“ Gesagt, getan. Die Demokraten, besonders die badischen, wurden durch preußisches Militär zusammengeschossen. Wer überlebte, wurde verfolgt und vertrieben. Das Land verlor so seine führenden liberalen Köpfe. Der Aderlass behinderte die demokratische Bewegung auf lange Zeit, wahrscheinlich auf ein ganzes Jahrhundert. 1862 konnte der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck im Landtag das Credo der Kriegs- und Machtpolitiker verkünden, den sich ganze Generationen Deutscher zu eigen machten. „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut.“

Den eisernen Worten folgten blutige Taten: Kriege gegen Dänemark, Österreich, schließlich Frankreich 1870/71. Bismarck gelang es mit einer Kriegslüge, wie für Angriffskriege typisch, eine nationale Euphorie zu mobilisieren und alle in die vorgebliche Landesverteidigung einzubinden. Der Sieg über Frankreich ermöglichte schließlich die Gründung des Kaiserreiches unter Führung des preußischen Königs – in Versailles, auf französischem Boden.

Die siegreiche Armee konnte sich hoher Wertschätzung erfreuen. Die Soldaten wurden heroisiert, gehätschelt und gepflegt, die adligen Offiziere fühlten sich jetzt erst recht als erster Stand im Staate. So verbreitete sich auch die Vorstellung, dass die Armee die beste „Schule der Nation“ sei. Die einzige politische Kraft, die sich damals gegen den Militarismus stellte, war die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft. Unter dem Eindruck der neuen Massenvernichtungswaffen steuerte die SPD seit den 1890er Jahren einen klaren Kurs der Friedensbewahrung, trat für Abrüstung, friedliche Streitbeilegung und Schiedsgerichte ein.

Die Gründung der DFG 1892 in Berlin fand also im Umfeld des Militarismus statt. Was für Menschen waren das, die Gründer? Bürgerliche Honoratioren in der Tradition des Linksliberalismus, die sich aus humanistisch-ethischen Motiven der Idee des Friedens ver-



Utopisten, Heulsusen, Verräter – Pazifisten mussten sich manches anhören. Erst die 70er Jahre brachten die Wende. Das Bild entstand bei der großen Friedensdemonstration in Bonn 1982. FOTOS: SVEN SIMON/DPA

schrieben hatten. Volks- und Mittelschullehrer, kleine Angestellte und Beamte, Kleinkaufleute, Freiberufler, viele Frauen; in nennenswerter Größenordnung aber fehlten Arbeiter, Bauern und finanzkräftige Geschäftsleute. Organisiert waren gebildete, eher konflikt-scheue Menschen, die sich davor fürchteten, als Terroristen missverstanden zu werden.

Das Ziel der Kriegsverhütung wollten die Pazifisten zudem nicht gegen die herrschenden Eliten erreichen, sondern mit ihnen. Sie bauten auf deren Vernunft. Der Staatenanarchie setzten sie ihre Idee eines internationalen Rechtsfriedens entgegen – mit Ausbau des Völkerrechts, Schiedsgerichtsbarkeit, Abbau nationaler Feindbilder und der Entwicklung von Vertrauen zwischen den Nationen. Sie plädierten für Versöhnung, Kooperation und Eindämmung des Wettübens.

Das Echo war unerwartet scharf: Die Pazifisten wurden als Utopisten, Heulsusen, selbsternannte Heilsbringer oder gar „Friedenshitzer“ diffamiert, als Träumer und unmännliche Naivlinge, die von der wirklichen Welt der Lebenskämpfe und Kriege keine Ahnung hätten. Es gab jedoch nicht nur Spott, auch bössartigen Anfeindungen.

Wie soll man das verstehen? Wieso haben die Anhänger des Militarismus die harmlosen Honoratioren so ernst genommen und nicht einfach ignoriert? Warum wurden in Deutschland Pazifisten erst verachtet, dann bekämpft und schließlich sogar ermordet? Wieso war der Antipazifismus in Deutschland stärker als in Frankreich, England, den USA, der Schweiz, den skandinavischen oder den Beneluxstaaten, wo Pazifisten sogar in Regierungen und Parlamenten saßen? Hatten die deutschen Pazifisten womöglich einen deutschen Nerv getroffen, der noch bis heute schmerzt?

Der Schlüssel ist die Weltanschauung, welcher die Eliten Preußens vor 1914 anhängen. Sie hielten den Krieg für den „Vater aller Dinge“ und predigten Sozialdarwinismus: Das Leben sei „naturnotwendig“ ein ewiger Kampf, auch für die Völker und Nationen. Wie in der Natur obsiege im Leben der Völker nur der Stärkere. So sei der Krieg geradezu eine „Kulturreinigung“. In ihm kämen die edelsten Tugenden der Menschen zur Entfaltung. „Schwerglauben“ nannte es der Pädagoge und Pazifist Friedrich Wilhelm Foerster, eine „allgemeine Machtvergötterung“, die er für eine nationale Krankheit hielt, auch und gerade des deutschen Bildungsbürgertums.

Im Weltkrieg 1914–18 verschärfte sich die Angriffsfront gegen die Pazifisten. Man sah sie jetzt als Feinde im Innern, die der Militärensensur unterlagen. Prominente Pazifisten entzogen sich der Verfolgung durch Flucht ins Ausland, meist in die Schweiz. Wer den Kriegsdienst verweigerte, galt als „nicht normal“. 1918 tönte die nationalistische Propaganda, deutsche Demokraten, Juden und Pazifisten hätten der kämpfenden Front den Dolch in den Rücken gestoßen und damit die Niederlage verschuldet – die „Novemberverbrecher“.

Nach dem Krieg war die Gesellschaft gespalten. Millionen hatten ihn nicht als heroisches Ereignis erlebt, sondern als Hunger, Not, Gefahr und Tod. Diese Menschen waren es, die dann an Massendemonstrationen in den Städten teilnahmen, Motto „Nie wieder Krieg!“. Veranstalter waren Sozialdemokratie, Zentrum, Linksliberale.

Dagegen weigerten sich die Nationalisten, die Niederlage zu akzeptieren. Sie empörten sich über den „Schandfrieden“ von Versailles, bekämpften die „Kriegsschuldlinge“ und sann auf kriegerische Revision. Gegen Ende der Weimarer Republik war der organisierte Pazifismus durch massive Meinungsverschiedenheiten geschwächt – um die Frage, ob der Frieden durch den neuen Militarismus bedroht war oder durch äußere Ursachen. Und die NSDAP blies zum Sturm auf die Republik.

Hitler an der Macht: Das bedeutete, dass jegliches pazifistische Denken bekämpft, mundtot gemacht, ja ausgerottet wurde. Einer der bekanntesten Pazifisten, Carl von Ossietzky, wurde 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Sein Friedensnobelpreis 1935 schützte ihn nicht davor, dass er an den Folgen der KZ-Haft starb.

Nach dem Zweiten Weltkrieg traf Martin Niemöller einmal seinen ehemaligen Crew-Kameraden aus der kaiserlichen Kriegsmarine, Kapitänleutnant Heinz Kruschitzki. Dieser hatte schon in der Weimarer Zeit zur Minderheit der „pazifistischen Offiziere“ gehört. Zu einem weiteren Gast sagte Niemöller damals: „Das ist mein alter Marinekamerad Kruschitzki. Ihm hat schon der Erste Weltkrieg die Augen geöffnet. Bei mir war leider noch ein zweiter nötig.“ Niemöller war im Ersten Weltkrieg U-Boot-Kommandant, studierte dann Theologie, wurde Pfarrer, blieb ein Deutschnationaler, wurde nach 1933 einer der Köpfe der Bekennenden Kirche, legte sich mit dem Machtanspruch Hitlers an, wurde deshalb ins KZ gesperrt. Nach dem Krieg setzte er sich als Außenbeauftragter der EKD vehement für ein vereinigtes Deutschland ein, geriet darüber massiv mit Kanzler Konrad Adenauer aneinander und war, zusammen mit Gustav Heinemann, einer der führenden Gegner der westdeutschen Wiederbewaffnung.

Zum grundsätzlichen Pazifisten wurde Niemöller aber erst 1954, als er bei einem Meinungsaustausch mit Atomphysikern, darunter Otto Hahn und Carl

Friedrich von Weizsäcker, begriff, dass „die Bombe“ Menschen auf dem ganzen Globus vernichten kann. Niemöller fragte: Was wäre, wenn Hitler diese Waffen gehabt hätte? Heisenberg antwortete lakonisch: Dann bräuchten wir uns heute darüber nicht mehr den Kopf zu zerbrechen.

Die 1946 wiedergegründete DFG profitierte zunächst von einer vagen Stimmung, die sich in der Forderung „Nie wieder Krieg!“ und der noch radikaleren Parole „Nie wieder Militär!“ Luft machte. Als Adenauer dann mit Hochdruck die Wiederbewaffnung betrieb, entstand erneut eine Freund-Feind-Konstellation. Gegen aktive Pazifisten setzten Bundesregierung, militärfreundliche Kreise und die – noch mit Nazijuristen besetzte – Justiz eine infame Waffe ein: Sie reaktivierten das Bolschewismus-Feindbild, unterstellten Gegnern der Wiederbewaffnung pauschal, Kommunisten zu sein und dem großen Gegner im Kalten Krieg in die Hände zu spielen, als „fünfte Kolonne“ Moskaus. Das war in Einzelfällen zutreffend, aber nicht in der Verallgemeinerung. Es begann eine langjährige justizielle Verfolgung der Friedensbewegung.

Der Wandel kam mit der Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition. Das alte Feindbild verblasste. Jetzt wuchs auch die Zahl der Verweigerer. Obwohl das Grundgesetz schon 1949 Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht festschrieb, waren diejenigen, die es in Anspruch nahmen, noch lange Zeit als Feiglinge und Drückeberger, Ostagenten und Vaterlandsverräter verunglimpft worden. Seit den 1970er Jahren kippte die Stimmung dann immer mehr zugunsten der Zivildienstleistenden.

Ohne Beispiel war dann die Massenbewegung gegen die Atomrüstung in den 1980er Jahren. Zwar konnte sie nicht verhindern, dass der Bundestag der Nachrüstung zustimmte. Jedoch geschah dies – demoskopisch – gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Die Friedensbewegung wurde zu deren Sprachrohr – und unterstützte zugleich Massenlernprozesse. Sie wurden von der 1968er-Studentenrevolte, den Protesten gegen den Vietnamkrieg und der Entspannungspolitik vorangetrieben. Unter dem Dach des „Gleichgewichts des Schreckens“ bildete sich also auf breiter Basis ein neues Denken aus, in welchem die Vorstellung eines Krieges als „Naturgesetz“ keinen Platz mehr hatte. In Deutschland hatte man gelernt: Frieden lohnt sich.

Seit den 1990er Jahren kam es in Deutschland immer wieder zu friedenspolitischen Massenprotesten. Sie richteten sich gegen die Golfkriege, den Kosovo-Krieg, den Irakkrieg und gegen den Afghanistan-Krieg. Es zeigte sich, dass die Parole „Nie wieder Krieg!“ für große Teile der deutschen Bevölkerung eine akzeptierte Orientierung darstellte.

Trotz diverser Abgrenzungsbeschlüsse blieb das Verhältnis der DFG zur DKP und zur DDR letztlich ungeklärt. Schwere Schäden fügten der DFG jene Friedensbewegten der 1980er Jahre zu, die von „guten“ Raketen im Osten und „bösen“ im Westen schwadronierten und damit Neutralität vermissen ließen. Als 1989 bekannt wurde, dass DFG-Gliederungen Spenden der DKP angenommen hatten, musste der Bundesvorstand zurücktreten. Mitgliederschwund folgte auf dem Fuße.

Heute stellt auch der populistische Rechtsradikalismus, der in den USA, bei uns und einigen Nachbarn an Boden gewinnt, eine Gefahr für den Frieden dar, zumal im Innern. Das ist ein Sprengstoff, mit dem die Innen- und Außenpolitik erst noch fertig werden muss. Denn kein einziges Problem der Zukunft lässt sich mit „völkischer“ Ausgrenzung lösen – oder gar mit Krieg.

## INFO

### 125 JAHRE DFG

Die Deutsche Friedensgesellschaft, gegründet 1892, ist die älteste Organisation der deutschen Friedensbewegung. 1974 fusionierte sie mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK).

### DER AUTOR

Prof. Wolfram Wette (76), ist Historiker und Friedensforscher und lebt in Waldkirch. Der Beitrag ist der stark gekürzte Jubiläumsvortrag, den Wette an diesem Samstag in Stuttgart hält.

**Buchtipps:** Wolfram Wette: Ernstfall Frieden. Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914. Donat-Verlag, Bremen 2017. 640 S., 24,80 Euro.



Pazifist Niemöller (1972)